



Protokoll

13. Sitzung des Generalrats vom 11. Dezember 2024

Vorsitz:	Pfister Simon, Präsident
Anwesend:	Aegerter Simon, Baeriswyl Gerda, Baschung Carole, Benninger Adrian, Blättler Grégory, Bosch-Steffen Brigitte, Brügger Daniel, Bula Thomas, Burger Reto, Camp Karl-Heinz, Camp Tim, Cuony Peter, Gartmann Catherine, Guillaume-Gentil Glenda, Gutknecht Stefan, Haldimann Pascal, Hans Urs, Helfer Peter, Herren Ulrich, Heubi Christian, Hofstetter Schütz Carola, Hurni Stefan, Itten Alessa, Jakob Christine, Känzig Pascal, Kramer Adrian, Kramer Liliane, Kramer Urs, Kuhn Fabian, Küng Worku, Leu Martin, Lüthi-Kramer Caroline, Minder Reto, Möri Hans-Ulrich, Müller-Stöckli Patricia, Pauli Christine, Podaril Andreas, Rau Adrian, Rötsetter Fabian, Schick Thomas, Schönholzer Fritz, Stefanov Konstantin, Stettler André, Stoffel Felix, von Siebenthal Ronny und Wieland Bernhard
Entschuldigt:	Castelli-Schwill Susanne, Brönnimann David, Keller Martin, Lerf Florian und Roth Kurt
Beratend:	Schlüchter Petra, Stadtpräsidentin, Schroeter Alexander, Vize-Stadtammann, Aebersold Andreas, Colopi Carlo, Herren Rudolf, Ith Markus und Senti Julia, Gemeinderätin und Gemeinderäte
Ferner:	von Vivis Nadine, Stadtschreiberin, Portmann Stefan, Bauverwalter, Kramer Heinz, Finanzverwalter, und Bohrer Isabelle, Leiterin Abteilung Gesellschaft
Sekretärin:	Frigo Sandra, Stv. Stadtschreiberin
Sitzungsort:	Aula der Schulanlage Längmatt, Murten
Sitzungsbeginn:	19.00 Uhr

Der Vorsitzende begrüsst alle Anwesenden zur 13. Sitzung des Generalrats in der laufenden Legislatur und stellt fest, dass die erforderlichen Unterlagen zur heutigen Sitzung frist- und formgerecht zugestellt wurden. Der Rat wurde ordnungsgemäss einberufen.

Appell

Gemäss Appell sind 46 Mitglieder des Generalrats anwesend. Das absolute Mehr beträgt 24 Stimmen. Der Rat ist beschlussfähig. Herr Leu hat angekündigt, mit Verspätung an der Sitzung teilzunehmen.

Traktandenliste

Es liegen folgende Traktanden zur Behandlung vor:

1. Protokoll der Generalratssitzung vom 25. September 2024
2. Informationen zum Finanzplan 2025 – 2029
3. Verpflichtungskredite 2025
 - 3.1. IK0031 Objektkredit Umnutzung Fischzuchtanlage und öffentliche Toilettenanlage
 - 3.2. IK0061 Objektkredit Beleuchtungsersatz und Akustikmassnahmen Berntorschulhaus
 - 3.3. IK0065 Objektkredit Depot Museum ZSA Galmiz
 - 3.4. IK0106 Objektkredit Sanierung Schaalturnm
 - 3.5. IK0108 Objektkredit Temporäre Überdachung Alter Friedhof
 - 3.6. IK0109 Objektkredit HSSB TP3, Instandsetzung Umgebung Sauna
 - 3.7. IK0110 Planungskredit HSSB TP5 Flachdächer, TP6 Betonsanierungen, TP8 Aussenbecken
 - 3.8. IK0111 Objektkredit Sanierung Fassade Werkhof
 - 3.9. IK0112 Objektkredit Anschluss Fernwärme Pra Pury 2 und Wilerweg
 - 3.10. IK0113 Rahmenkredit für die Jahre 2025 - 2028 Sanierung Waldwege (PWI)
4. Budget 2025
5. Auflösung Feuerwehrverband Region Murten (FwVRM)
6. Informationen des Gemeinderates
 - 6.1. Kultur- und Sporthalle
 - 6.2. Information bezüglich Gemeindeverbände, Gemeindeübereinkünfte und Körperschaften
7. Verschiedenes

1. Protokoll der Generalratssitzung vom 25. September 2024

Das Protokoll wird ohne Diskussion einstimmig genehmigt.

2. Informationen zum Finanzplan 2025 – 2029

Herr Gemeinderat Aebersold stellt den Finanzplan 2025 – 2029 vor. Dieser ist gesetzlich vorgeschrieben und gibt Auskunft über die Entwicklung der Gemeindefinanzen in den nächsten fünf Jahren. Der Finanzplan wird jedes Jahr rollend überarbeitet.

Zu Beginn enthält der Finanzplan die strategischen Handlungsfelder des Gemeinderates, die aufzeigen, in welche Richtung sich die Gemeinde entwickeln soll und welche finanziellen Auswirkungen daraus resultieren. Anschliessend werden die Planungsprämissen, finanziellen Ziele und Steuerungsgrössen beschrieben.

Die detaillierten Planrechnungen geben einen Überblick über die wichtigsten Eckdaten und deren voraussichtliche Entwicklung

In seinen weiteren Ausführungen geht Herr Aebersold auf die wichtigsten Eckwerte ein. Die operativen Ergebnisse weisen im Durchschnitt ein Defizit von 3 Mio. CHF aus. Bis 2030 können diese negativen Ergebnisse dank der Aufwertungsreserven noch ausgeglichen werden. Ab 2029, mit der Inbetriebnahme der geplanten Kultur- und Sporthalle, steigt dieses Defizit auf 4.3 Mio. CHF. Die Gesamtergebnisse bleiben bis 2030 unter dem Strich noch ausgeglichen. Ab 2031 belaufen sie sich jedoch auf - 4 Mio. CHF. Gemäss den gesetzlichen Vorgaben müssen die Gesamtergebnisse jedoch positiv sein. Negative Ergebnisse gehen zulasten des Eigenkapitals.

Herr Leu nimmt an der Sitzung teil. Es sind nun 47 Mitglieder des Generalrats anwesend. Das absolute Mehr beträgt weiterhin 24 Stimmen.

Gemäss Herrn Gemeinderat Aebersold betrifft die grösste Investition die Kultur- und Sporthalle mit 32 Mio. CHF. Weitere grosse Investitionen im Umfang von total 17 Mio. CHF betreffen das Hallen-, Schwimm- und Strandbad der Region Murten (HSSB), das Gesundheitsnetz See (GNS) sowie Massnahmen im Bereich Strassen und Abwasser. Der Geldfluss aus operativer Tätigkeit beträgt kumuliert 7 Mio. CHF. Der Geldfluss aus Investitionstätigkeit im Verwaltungsvermögen beträgt kumuliert 54 Mio. CHF, wobei – wie bereits erwähnt – die grösste Investition mit einem Betrag von 32 Mio. CHF für die Kultur- und Sporthalle vorgesehen ist. Zusätzlich umfasst die Investitionsrechnung Investitionen in Anlagetätigkeiten in der Höhe von 13 Mio. CHF, die sich aus den gewährten Darlehen an die IB-Murten ergeben. Zusammenfassend hat die Gemeinde ein Finanzierungsdefizit, welches durch Schulden finanziert werden muss. Aus der Bilanz geht hervor, dass das Finanzvermögen auf 90 Mio. CHF steigt, insbesondere auch aufgrund der Darlehen an die IB-Murten. Das Verwaltungsvermögen steigt aufgrund der geplanten Investitionen um 26 Mio. CHF auf 165 Mio. CHF. Das Fremdkapital nimmt ebenfalls zu. Das Eigenkapital hingegen nimmt insbesondere aufgrund der Auflösung von Aufwertungsreserven ab. Das heutige Nettovermögen von 19 Mio. CHF wird zu einer Nettoschuld von -28 Mio. CHF bzw. -78 Mio. CHF, wenn die anteiligen Schulden der Spezialfinanzierungen (z.B. für Abwasser und Trinkwasser) berücksichtigt werden. Dies entspricht Ende 2029 einer Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner von

CHF 2'749.00 bzw. CHF 7'690.00 inkl. Spezialfinanzierungen bei 10'100 Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Nettoverschuldungsquotient erreicht Ende 2029 81.5 % bzw. 228.1 % (inkl. Spezialfinanzierungen). Der Selbstfinanzierungsgrad über die Planjahre beträgt im Durchschnitt lediglich 13.5 %.

Im Finanzplan werden die Kennzahlen in einer tabellarischen Übersicht dargestellt, die sowohl den Stand Ende 2023 als auch die prognostizierte Entwicklung bis zum Planjahr 2029 aufzeigt. Der Gemeinderat hat als Zielwert für die Nettoschuld einen Betrag von max. 60 Mio. CHF definiert. Der gesetzlich vorgeschriebene Wert für die Nettoschuld beträgt zweimal den Fiskalertrag, was einer Obergrenze von max. 70 Mio. CHF entspricht. Die Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner beträgt im Planjahr 2029 CHF 2'749.00 (ohne Spezialfinanzierungen), was unproblematisch ist, da der Gemeinderat die Nettoschuld auf max. CHF 6'000.00 je Einwohnerin und Einwohner festgelegt hat, was einem Nettoverschuldungsquotienten von max. 170 % entspricht. Der gesetzlich vorgeschriebene Höchstwert liegt bei 200 %. Der Nettoverschuldungsquotient ist somit auch im Planjahr 2029 unproblematisch.

Herr Gemeinderat Aebersold weist auf eine kleine Differenz in der Betrachtung der Berechnung der Schuldengrenze zwischen den Gemeinden und dem Amt für Gemeinden hin. Letztere sind der Ansicht, dass die Gemeinde auch die Spezialfinanzierungen für Abwasser und Trinkwasser in die Berechnung einrechnen muss. Wird dies berücksichtigt, verschlechtern sich die Kennzahlen deutlich: In diesem Fall würde nicht nur der Zielwert des Gemeinderates, sondern auch der gesetzlich vorgeschriebene Nettoverschuldungsquotient von 200 % überschritten. Die Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner würde von heute CHF -956.00 auf CHF 7'690.00 im Jahr 2029 ansteigen und damit sowohl den Zielwert des Gemeinderates von maximal CHF 6'000.00 pro Einwohnerin und Einwohner als auch den zulässigen Nettoverschuldungsquotienten übersteigen. Zur Erreichung der strategischen Ziele, Aufgaben und Leistungen der Gemeinde werden Investitionen von rund 54 Mio. CHF benötigt. Hinzu kommen 13 Mio. CHF für das Trinkwasser und 18 Mio. CHF für die ARA Seeland Süd. Diese führen zu einer starken Verschuldung bis über die vom Gemeinderat gesetzte Limite. Das Hauptproblem dabei sind die negativen operativen Ergebnisse bzw. eine Selbstfinanzierung von 13.5 % mit Geldflüssen aus operativer Tätigkeit von nur 7 Mio. CHF. Die grössten Kostentreiber sind die überproportional steigenden Abgaben an den Kanton sowie an die Gemeindeverbände. Im allgemeinen Haushalt (ohne Spezialfinanzierungen) führt dies zu einer Finanzierungslücke von 47 Mio. CHF, d.h. das Nettovermögen von 19 Mio. CHF wird zur Nettoschuld von -28 Mio. CHF. Der Gesamthaushalt (inkl. Spezialfinanzierungen) wird Ende 2029 mit -78 Mio. CHF verschuldet sein – wobei die ARA und das Trinkwasser zusammen mit 50 Mio. CHF zu diesem Betrag beitragen. Derzeit vertreten sowohl die Revisionsstelle als auch das Amt für Gemeinden die Auffassung, dass diese Spezialfinanzierungen miteinzurechnen sind. Folglich

kann die Gemeinde die gesetzlichen Vorgaben nicht einhalten. Die Schuldenquote wird mit dem Nettoverschuldungsquotienten von 228.1 % im Jahr 2029 überschritten. Aus Sicht des Gemeinderates stellt jedoch die Berechnung ohne Einbezug der Spezialfinanzierungen die korrekte Messgrösse dar. Das Amt für Gemeinden hat dem Gemeinderat bereits auf dessen Argumentation geantwortet und teilt diese Auffassung nicht. Der Gemeinderat geht jedoch davon aus, Unterstützung von anderen Gemeinden zu erhalten, die eine ähnliche Sichtweise vertreten und die Schulden aus den Bereichen Abwasser und Trinkwasser ebenfalls aus ihren Berechnungen ausklammern.

Gemäss Herrn Gemeinderat Aebersold ist das Eigenkapital unproblematisch. Ende 2029 beträgt dieses immer noch 132 Mio. CHF. Das Hauptproblem ist die Verschuldung, welche sich aus der ungenügenden Selbstfinanzierung ergibt. Haupttreiber der stark zunehmenden Verschuldung sind die überproportional steigenden Abgaben an den Kanton und die Gemeindeverbände, welche die Finanzen sehr stark belasten. Dies hat zur Folge, dass im Falle negativer operativer Ergebnisse auch diese Ausgaben durch Fremdfinanzierung gedeckt werden müssen. Es besteht jedoch kein Grund zur Panik. Letztlich handelt es sich um eine Frage der Betrachtungsweise. Aus Sicht des Gemeinderates stellt die aktuelle Situation kein Problem dar. Der Gesamthaushalt bleibt eine wichtige Grösse, die es im Blick zu behalten gilt. Wenn die Gemeinde sämtliche geplanten Investitionen umsetzt, erreicht sie diesen Stand. Es gilt, gemeinsam einen Weg dahin zu finden.

Gemäss Herrn Bula, Präsident der generalrätlichen Finanzkommission (FIKO), hat die FIKO den Finanzplan zur Kenntnis genommen. Sie begrüsst die Absichten des Gemeinderates, die einzelnen Jahresbudgets im Finanzplan künftig wieder näher an die Jahresergebnisse anzugleichen. Für die Kultur- und Sporthalle sind im Finanzplan ca. 31 Mio. CHF eingeplant. Mit dieser Grossinvestition wird die Verschuldung der Gemeinde massiv steigen. Die FIKO empfiehlt dem Gemeinderat, nach zusätzlichen Einnahmequellen zu suchen oder mögliche Kosteneinsparungen in Betracht zu ziehen. Auch eine Steuererhöhung sollte kein Tabu mehr sein. Der Gemeinderat ist weiterhin in der Pflicht, sich strategische Überlegungen zu machen, wie der Selbstfinanzierungsgrad erhöht und dadurch der zunehmenden Verschuldung entgegengewirkt werden kann. Beispielsweise müsste versucht werden, die Steuerung der gebundenen Ausgaben zu intensivieren, indem die Einflussnahme auf die ebenfalls steigenden Kosten der diversen Gemeindeverbände erhöht wird. Auch die Kostensteigerung zwischen Kanton und Gemeinde, die sich zu Ungunsten der Gemeinde entwickelt hat, müsste in Frage gestellt und mit politischem Druck verbessert werden. Die FIKO wünscht, dass der Gemeinderat diese Themen proaktiv angeht. Nur so lässt sich der Kurs rechtzeitig korrigieren und Schlimmeres abwenden. Jetzt sei der entscheidende Moment, um die notwendigen Schritte zu planen.

Herr Leu anerkennt im Namen der Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion die Bemühungen des Gemeinderates und der Verwaltung, einen umfassenden und detaillierten Finanzplan vorzulegen. Es ist erfreulich zu sehen, dass die strategischen Handlungsfelder klar definiert sind und die Investitionsvorhaben auf die Legislaturziele abgestimmt wurden. Herr Leu erwähnt in allgemeiner Weise, dass bei der Lektüre von Botschaften zu Finanzthemen, in denen Sätze wie «Zunahme im Planjahr 2029 für den Betrieb des Projektes KSM -95 TCHF» erscheinen, häufig Verwirrung entsteht. Solche Formulierungen müssen oft mehrmals gelesen werden, um ihren Inhalt vollständig zu erfassen. Dabei sollte auf die Verwendung von Minuszeichen verzichtet werden, wenn von einer Zunahme des Aufwands die Rede ist – ebenso wenig wie bei einer Verringerung. Wenn sich etwas «erhöht», ist das Minuszeichen vor der Zahl nur verwirrend. Herr Leu empfiehlt, die Texte künftig so zu gestalten, dass sie einfacher und klarer lesbar sind. Laut Finanzplan sind die Aussichten schlecht, und die Kennzahlen zur Verschuldung sind alarmierend. Herr Leu kann nicht nachvollziehen, warum die anteiligen Schulden der ARA Seeland Süd und der IB-Murten in den Verschuldungskennzahlen nicht berücksichtigt werden sollten. Die erwartete Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner wird 2029 voraussichtlich rund CHF 7'700.00 betragen, was deutlich über dem Zielwert des Gemeinderates und auch über dem gesetzlich vorgesehenen Rahmen liegt. Die geplanten Nettoinvestitionen von 54.1 Mio. CHF sind erheblich. Eigentlich könnte es als positiv angesehen werden, in einer Gemeinde zu leben, die nahezu 80 % ihrer Investitionen in die Bereiche Kultur, Sport und Freizeit steckt. Es ist jedoch wichtig, die finanzielle Belastung für die Gemeinde und die Bürgerinnen und Bürger im Auge zu behalten. Die Investitionen sollten gut durchdacht, ausgewogen und finanziell tragbar sein. Es gibt auch Punkte, die im Finanzplan nicht aufgeführt sind. So wird beispielsweise der seit Jahren erwartete Ausbau des lokalen öffentlichen Verkehrs nicht berücksichtigt – in der Investitionsrechnung bis 2028 sind keinerlei Beiträge für die Errichtung von Bushaltestellen veranschlagt. Herr Leu betont zudem, dass es entscheidend ist, die Folgekosten der geplanten Investitionen transparent darzulegen. Dies betrifft sowohl die laufenden Unterhaltskosten als auch mögliche zukünftige finanzielle Belastungen. Nur auf dieser Grundlage kann der Generalrat fundierte Entscheidungen treffen. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise die Information betreffend die Kultur- und Sporthalle unklar. Gemäss Botschaft zum Finanzplan verschlechtert sich das operative Ergebnis mit der geplanten Inbetriebnahme der Kultur- und Sporthalle im Jahr 2029 um 1.4 Mio. CHF. Dabei entfallen CHF 100'000.00 auf den Betrieb und 1.1 Mio. CHF auf Abschreibungen. Es bleibt unklar, woher die zusätzlichen CHF 200'000.00 an Aufwand für die Kultur- und Sporthalle stammen. Unter Berücksichtigung eines erwarteten Liegenschaftsertrags von CHF 300'000.00 ergibt sich somit ein jährlicher Gesamtaufwand im Betrag von 0.5 Mio. CHF, dessen Zusammensetzung im Dunkeln bleibt. Gemäss Herrn Leu wäre es an der Zeit, dass der Gemeinderat dem Generalrat in seinem Finanzplan Szenarien aufzeigt, in welcher Weise die Steuererträge gesteigert werden müssten,

um die Zielwerte des Gemeinderates bzw. die gesetzlichen Vorgaben mit den geplanten Ausgaben in Einklang zu bringen. Bezüglich der Abgaben an die Gemeindeverbände appelliert Herr Leu an den Gemeinderat. Die Gemeinde Murten, die in den Gemeindeverbänden ein erhebliches Gewicht besitzt, hat hier Einflussmöglichkeiten über den Gemeinderat. Weiter ist Herr Leu gespannt auf die Erklärungen in der Budgetdebatte betreffend der überproportionalen Steigerung der Abgaben an den Kanton. Aus den Medien war zu entnehmen, dass in den letzten Jahren rund 40 Mio. CHF an Ausgaben von den Gemeinden zum Kanton geflossen sind. Abschliessend bemerkt Herr Leu, dass die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion bereit ist, sich aktiv an der Weiterentwicklung des Finanzplans zu beteiligen. Sie ist überzeugt, dass durch gemeinsame Anstrengungen optimale Lösungen für die Zukunft der Gemeinde gefunden werden können.

Herr Benninger bedankt sich im Namen der SVP und Unabhängige-Fraktion für die Erstellung des Finanzplans 2025 – 2029. Gemäss Finanzplan beträgt das anfängliche Pro-Kopf-Vermögen CHF 956.00. Nach Umsetzung aller Investitionen bis im Jahr 2029 würde sich daraus eine Pro-Kopf-Schuld von CHF 7'690.00 ergeben, was den vom Gemeinderat festgelegten Zielwert von max. CHF 6'000.00 überschreiten würde. Mit diesem Finanzplan gehen erhebliche Risiken einher. Herr Benninger stellt sich die Frage, ob diese Risiken im Interesse zukünftiger Generationen vertretbar sind. Die hier Anwesenden wurden von der Bevölkerung gewählt, um die Geschicke der Gemeinde zu leiten und ihre nachhaltige Stabilität zu gewährleisten. Gemäss Herrn Benninger kann die SVP und Unabhängige-Fraktion den Finanzplan 2025 – 2029 nicht unterstützen. Die SVP und Unabhängige-Fraktion fordert konkrete Verbesserungsvorschläge und Lösungsansätze, um sicherzustellen, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in einem zumutbaren Rahmen verbleibt. Beispielsweise sollte die Problematik in den Gemeindeverbänden umgehend angegangen werden. Zudem wird von der IB-Murten mehr Flexibilität gefordert, sodass nicht alle Projekte innerhalb der nächsten zehn Jahre abgeschlossen werden müssen. Ferner schlägt die SVP und Unabhängige-Fraktion vor, Projekte wie das Festzelt und die öffentliche Toilette zu streichen, wenn eine Eigenfinanzierung nicht möglich ist, oder alternativ Einsparungen bei den Personalkosten vorzunehmen. Die Gemeinde sollte wirtschaftlich so agieren, dass Steuererhöhungen grundsätzlich vermieden werden können. Die SVP und Unabhängige-Fraktion wünscht sich, dass der Gemeinderat und vor allem die Finanzverantwortlichen einen verbesserten Finanzplan 2026 – 2030 vorweisen, welche die Pro-Kopf-Verschuldung in einem vertretbaren Rahmen hält.

Herr Podaril von der SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den ehrlichen Finanzplan und zählt einige Gemeinden wie beispielsweise Portalban und Köniz auf, welche allesamt in finanzieller Schieflage sind. Diesen Gemeinden droht die Zwangsverwaltung durch den Kanton, was auch der Gemeinde

Murten bevorstehen könnte. Eine zu hohe Nettoschuld und ein zu hoher Nettoverschuldungsgrad sind mit den derzeit geplanten Investitionen nicht abzuwenden. Mit der Annahme, dass die Schulden der ARA Seeland Süd und der IB-Murten separat ausgewiesen werden sollten, begibt sich der Gemeinderat auf dünnes Eis. Herr Podaril ist sich nicht sicher, ob sich die kantonale Verwaltung durch den Gemeinderat vorschreiben lässt, wie die Rechnungslegung auszusehen hat. In den nächsten Jahren plant die Gemeinde mit über 50 Mio. CHF zu investieren. Weitere Millionen gehen an die IB-Murten und die ARA Seeland Süd. Angesichts dieser erheblichen Investitionskosten erscheint es wenig zielführend, über den Bau einer einzelnen Toilette zu diskutieren oder marginale Einsparungen in der Grössenordnung von Zehntausenderbeträgen anzustreben. Es müssen klare Signale gesetzt werden. Den Bürgerinnen und Bürgern muss Transparenz geboten werden, sodass sie genau wissen, wie die Finanzierung geregelt ist. Es stellt sich die Frage, welchen Wert eine neue Mehrzweckhalle für die Bürgerinnen und Bürger hat. Nur mit Kosteneinsparungen wird es die Gemeinde nicht schaffen. Eine Steuererhöhung zur Finanzierung der Mehrzweckhalle darf nicht tabuisiert werden. Der aktuelle Steuersatz der Gemeinde Muren liegt bei 62 %, während der Durchschnitt im Kanton Freiburg bei 80 % liegt. Wenn die Gemeinde ihr jährliches Ergebnis durch Einsparungen und eine Steuererhöhung von 6 bis 9 % um 5 Mio. CHF steigern kann, besteht die Chance, der kantonalen Bevormundung zu entkommen. Abschliessend unterstreicht Herr Podaril, dass es hier um weitreichende Belange geht – insbesondere um den Ruf und die Unabhängigkeit von Murten.

3. Verpflichtungskredite 2025

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Verpflichtungskredite separat zum Budget behandelt werden und dass der Generalrat über jeden einzelnen Kredit separat abstimmen muss. Der Gemeinderat verweist auf die ausführlichen Botschaften zu den jeweiligen Verpflichtungskrediten.

3.1 IK0031 Objektkredit Umnutzung Fischzuchtanlage und öffentliche Toilettenanlage

Laut Herrn Bula, Präsident der generalrätlichen Finanzkommission (FIKO), hatte die FIKO einige Rückfragen zu diesem Kredit, welche geklärt werden konnten. Die FIKO empfiehlt, den Kredit abzulehnen. Auch wenn mögliche Synergieeffekte vorhanden sind, erachtet die FIKO dieses Projekt als «nice-to-have». In diesem Gemeindegebiet besteht bereits eine hohe Dichte an barrierefreien Toiletten. Die FIKO ist zudem der Ansicht, dass der Fischerverein sicherlich eine eigenfinanzierte Alternative finden wird. Die FIKO empfiehlt dem Generalrat daher einstimmig, den Objektkredit abzulehnen. Im Übrigen empfiehlt die FIKO, allen weiteren Verpflichtungskrediten zuzustimmen.

Die FDP.Die Liberalen Murten-Fraktion hat gemäss Herrn Stettler unter anderem die folgenden Aspekte in ihre Entscheidungsfindung einbezogen: Der Segelclub hat seine Lokalitäten inkl. sanitären Anlagen in unmittelbarer Nähe; für den Ruderclub ist der Standort nicht ideal; es gibt genügend öffentliche Toiletten in der näheren Umgebung; in den vergangenen Jahren wurde am genannten Standort das Fehlen einer WC-Anlage nie als ernsthaftes Problem wahrgenommen. Schliesslich ist es sinnvoll, das Gebäude zu nutzen. Die FDP.Die Liberalen Murten-Fraktion erachtet den Objektkredit aus den vorerwähnten Gründen und in der aktuell angespannten finanziellen Situation der Gemeinde daher als «nice-to-have» und als nicht prioritär und wird den Kredit ablehnen. Die FDP.Die Liberalen Murten-Fraktion begrüsst hingegen, dass der Fischerverein das Gebäude aus eigenen Mitteln sanft renovieren und als Vereinslokal nutzen kann. Eine Nutzungsvereinbarung mit dem Fischerverein kann jedoch unabhängig von einer neuen öffentlichen WC-Anlage getroffen werden. Die FDP.Die Liberalen Murten-Fraktion ist davon überzeugt, dass eine gute Lösung gefunden werden kann.

Herr Leu von der Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion betont, dass es ein guter Ansatz ist, das Gebäude der ehemaligen Fischzucht weiterhin sinnvoll zu nutzen. Die Wiederverwendung bestehender Infrastrukturen ist wichtig. Es ist erfreulich, dass der Fischerverein einen wertvollen Beitrag dazu leisten kann. Allerdings ist nicht ganz verständlich, wieso beim Titel des Objektskredits von der Umnutzung der Fischzuchtanlage die Rede ist, obwohl der Kredit ausschliesslich die Toilettenanlage betrifft. Diese Diskrepanz führt zu Verwirrung. Da es sich um eine öffentliche Toilettenanlage handeln soll, bemängelt die Mitte-glp-EVP- und Unabhängige-Fraktion das Fehlen eines Gesamtkonzepts. Die Notwendigkeit einer öffentlichen Toilettenanlage wird in der Botschaft lediglich in einem kurzen Satz begründet, der besagt, dass an diesem Standort ein entsprechender Bedarf besteht. Falls die neue Toilettenanlage Teil eines Netzes von öffentlichen Toiletten in Murten werden soll, sollte dies klar und transparent dargestellt werden. Für die Mitte-glp-EVP- und Unabhängige-Fraktion ist derzeit nicht ausreichend ersichtlich, warum eine neue öffentliche Toilette an diesem Standort sinnvoll wäre. Die Fraktion ist jedoch offen für einen weiteren Vorschlag, sofern plausibel nachgewiesen werden kann, dass an diesem Standort tatsächlich ein Bedarf für eine öffentliche Toilette besteht. Zudem sollte klar aufgezeigt werden, welche konkreten Folgekosten mit dieser Investition verbunden sind. Es genügt nicht, darauf hinzuweisen, dass der Unterhalt durch den Werkhof erledigt wird. Die Mitte-glp-EVP- und Unabhängige-Fraktion lehnt daher den Objektkredit ab.

Die SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion unterstützt gemäss Herrn Karl-Heinz Camp den Ansatz des Gemeinderates, beim Gebäude der Fischzucht in Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen die bestehende Bausubstanz zu erhalten und einer neuen Nutzung zuzuführen. Dieser Platz mit öffentlichem Zugang zum See ist aber

nicht nur für Segelnde und Fischende interessant. In der App «parc4night» ist der Parkplatz mit fünf Sternen bewertet und wird von Campingreisenden rege genutzt. Angesichts der Grösse der Parkplätze dürften es eher kleinere Camper ohne eigene sanitäre Einrichtungen sein, die diesen Platz nutzen. Es lässt sich nur vermuten, wohin sich Personen begeben, um ihre Bedürfnisse zu verrichten, wenn keine Toiletten in unmittelbarer Nähe verfügbar sind. Die Bewirtschaftung könnte sicherlich optimiert werden, wenn die Nächte nicht als kostenlos deklariert wären. Ein öffentliches WC an diesem Standort wäre aber nicht nur für Campingreisende von Interesse, sondern auch für andere Personen, da das nächstgelegene WC unterhalb des Lindensaals nicht behindertengerecht ist. Wenn sich Murten auch für mobilitäts- eingeschränkte Menschen gastfreundlich präsentieren will, wäre dieser Platz auf dem Weg vom See zum Bahnhof durchaus ein geeigneter Standort. Auch die Argumente, durch ein freistehendes WC-Gebäude ein möglichst grosses nutzbares Volumen in der Fischzuchtanlage zu haben und eine optimale Zugänglichkeit eines behindertengerechten, öffentliches WC sicherzustellen, erscheinen der SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion als nachvollziehbar. Bezüglich der Kosten erscheint der Betrag von CHF 200'000.00 vielen Mitgliedern der SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion als zu hoch, wie dies auch die FIKO festgestellt hat. Die SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion fordert den Gemeinderat daher auf, weiter nach kostengünstigen Möglichkeiten zu suchen. Mit einem Kompost-WC für CHF 15'000.00 hat die SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion der Bauverwaltung einen vielleicht etwas extremen Vorschlag gemacht. Zwischen diesen beiden Beträgen sollten jedoch massvollere Alternativen gefunden werden können. Im Gesamtkonzept gesehen, mit der Nutzung durch den Fischerverein, durch Campingreisende und anderen Gästen auf diesem Parkplatz sowie einer besseren Abdeckung mit behindertengerechten WCs erscheint die Investition für die Mehrheit der Mitglieder der SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion hingegen als sinnvoll und vertretbar.

Die SVP und Unabhängige-Fraktion teilt gemäss Herrn Möri die Meinung der FIKO, dass es in unmittelbarer Umgebung bereits eine hohe Dichte an barrierefreien Toiletten gibt. Der Preis dafür ist ausserdem deutlich zu hoch. Zudem werden jedes Jahr zusätzliche Folgekosten anfallen, wie etwa für die Reinigung oder auch für die Kontrolle. Auch würde dies eine zusätzliche Arbeitsbelastung für das Werkhofpersonal bedeuten, das bereits heute Schwierigkeiten hat, die hohe Arbeitslast zu bewältigen. Die SVP und Unabhängige-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Arbeit und für das Abkommen mit dem Fischerverein. Sie wird aber mit grosser Mehrheit gegen den Objektkredit stimmen.

Gemäss Herrn Gemeinderat Colopi geht es bei diesem Objektkredit definitiv nur um die Toilettenanlage und nicht um die Fischzuchtanlage. Die Toilettenanlage steht jedoch im Zusammenhang mit der Umnutzung der Fischzuchtanlage. Zusammen

mit dem Fischerverein wurde ein Konzept erarbeitet und geprüft, ob im bestehenden Gebäude eine Toilette eingebaut werden kann. Dies stellte sich jedoch als zu umständlich heraus und würde auch den Betrieb des Fischervereins beeinträchtigen. Ausserdem müsste die Toilette den entsprechenden Normen entsprechen und wäre nicht ohne Weiteres für die Öffentlichkeit zugänglich. Die geplante Nutzung der ehemaligen Fischzuchtanlage macht den Bau einer separaten Toilettenanlage daher unumgänglich. Die Investition in das Gebäude der Fischzuchtanlage wird vom Fischerverein selbst getragen. Aus diesem Grund wurde die beantragte Variante erarbeitet, die auch gegen Vandalismus abgesichert ist. Die Toilette wird verschiedenen Nutzerinnen und Nutzern zugänglich sein: dem Fischerverein, den Besuchenden, dem Segelclub oder auch Touristinnen und Touristen. Die nächste Toilette befindet sich beim Lindensaal oberhalb des Museums und ist nur über eine Steigung erreichbar. Sie ist somit für Kinder sowie Menschen mit Beeinträchtigungen nur schwer zugänglich. Eine weitere öffentliche Toilette befindet sich 450 Meter entfernt beim Minigolfplatz. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es auf jeden Fall erforderlich ist, an diesem Standort eine Toilettenanlage zu errichten.

In der anschliessenden Abstimmung lehnt der Generalrat den Objektkredit für die neue Toilettenanlage bei der ehemaligen Fischzucht in der Höhe von CHF 200'000.00 grossmehrheitlich ab.

3.2 IK0061 Objektkredit Beleuchtungsersatz und Akustikmassnahmen Berntorschulhaus

Die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion unterstützt gemäss Frau Itten den Objektkredit einstimmig und ist überzeugt, dass der Ersatz der alten Leuchtstofflampen durch moderne LED-Lichtquellen ein sinnvoller und notwendiger Schritt darstellt; dies sowohl aus gesundheitlicher Sicht für die Kinder und Lehrerinnen und Lehrer als auch aus ökologischer und ökonomischer Sicht. Es ist nachvollziehbar, dass im Zuge dieses Ersatzes auch die Decke für mögliche Akustikmassnahmen geprüft und wo sinnvoll verbessert werden soll. Ein kombiniertes Vorgehen schafft Synergien und beugt unnötigen Mehrkosten zu einem späteren Zeitpunkt vor – ein Ausdruck vorausschauenden Handelns. Die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion fordert eine verhältnismässige Planung bei der Umsetzung. Verbesserungen sollen gezielt und ausschliesslich dort erfolgen, wo sie tatsächlich notwendig sind. Zudem hält die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion die Abweichungsspanne von $\pm 25\%$ bei der Kostenschätzung für vergleichsweise hoch. Sie wünscht, dass solche Diskrepanzen in Zukunft entweder vorgängig geklärt oder zumindest klar kommuniziert werden. Die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion steht trotz dieser Anmerkungen hinter diesem Kredit und dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit und ihr Engagement.

Laut Herrn Helfer von der SVP und Unabhängige-Fraktion wird in der Botschaft zu diesem Objektkredit eine Kostenunsicherheit von $\pm 25\%$ angegeben. Bei einer Kostenschätzung von CHF 365'000.00 entspricht dies einer möglichen Schwankungsbreite von über CHF 90'000.00. Die SVP und Unabhängige-Fraktion hält diese Abweichung für zu hoch und äussert Bedenken hinsichtlich der Verlässlichkeit der Berechnungen. Eine Kostengenauigkeit von $\pm 10\%$ wird als wünschenswert erachtet. Der Bericht enthält ausserdem zu wenig detaillierte Angaben, was konkret ersetzt wird. Eine klare Aufschlüsselung der Massnahmen wäre notwendig, um die Kosten und den Nutzen nachvollziehbar zu machen. Insbesondere scheinen die Kosten pro Lampe zu hoch, was Zweifel an der Verhältnismässigkeit der Investition aufwirft. Die angestrebte Reduktion des Energieverbrauchs durch die Erneuerung ist grundsätzlich sinnvoll. Allerdings erscheint der finanzielle Aufwand im Vergleich zu den erwarteten Einsparungen unverhältnismässig. Die SVP und Unabhängige-Fraktion erkennt allerdings die Notwendigkeit, veraltete Leuchtmittel auszutauschen. Aus diesen Gründen beantragt die SVP und Unabhängige-Fraktion, den Kredit an den Gemeinderat zurückzuweisen, damit eine Überarbeitung und Konkretisierung erfolgen kann.

Laut Herrn Stoffel von der FDP. Die Liberalen Murten-Fraktion ist die genaue Zusammensetzung der Kosten nicht klar ersichtlich. Wie bereits erwähnt, scheint auch der FDP. Die Liberalen Murten-Fraktion die Kostenschätzung mit einer Genauigkeit von $\pm 25\%$ eine zu grosse Bandbreite zu beinhalten. Solche Spielräume könnten unter Umständen auch ausgenutzt werden. Die FDP. Die Liberalen Murten-Fraktion unterstützt daher mehrheitlich den Antrag der SVP und Unabhängige-Fraktion. Konkretere Offerten mit genaueren Kostenschätzungen wären in diesem Fall sinnvoll und durchaus realisierbar. Es handelt sich um Arbeiten, die an vielen Orten durchgeführt werden, weshalb Betriebe in der Lage sein sollten, relativ präzise Offerten einzureichen. Es wäre zudem hilfreich, im Vorfeld genau zu definieren, welche Massnahmen notwendig und sinnvoll sind, um diese klar von weniger sinnvollen Massnahmen zu trennen. Die FDP. Die Liberalen Murten-Fraktion unterstützt grundsätzlich die Erneuerung der Beleuchtung. Allen weiteren Verpflichtungskrediten wird die FDP. Die Liberalen Murten-Fraktion mehrheitlich ebenfalls zustimmen.

Gemäss Herrn Gemeinderat Colopi stellt der Objektkredit - unabhängig von der Kostengenauigkeit von $\pm 25\%$ - eine verbindliche Ausgabengrenze dar, die nicht überschritten werden kann. Es ist üblich, Schätzungen in dieser Planungsphase mit einer Abweichungsspanne zu erstellen, zumal die Kostenschätzung mit professioneller Unterstützung erfolgt ist. Gesamthaft müssen über 200 Leuchtstofflampen ersetzt werden. Der Ersatz der Leuchtmittel ist notwendig, da diese aufgrund der EU-Richtlinie nicht mehr erhältlich sind. Der Umstieg auf LED-Technologie ist sinnvoll, da er zur Energieeinsparung beiträgt und umweltbelastende Stoffe verringert.

Zwar sind LED-Leuchtmittel in der Anschaffung teurer. Zum Beispiel kosten einfache LED-Lampen zwischen CHF 5.00 und CHF 10.00, während herkömmliche Glühlampen früher etwa CHF 1.00 kosteten (professionelle LED-Leuchten, etwa für Büros und Schulen, sind in der Anschaffung etwas teurer). Die Lebensdauer von LEDs ist aber deutlich höher – vorausgesetzt, es werden hochwertige Produkte verwendet. Im Berntorschulhaus gibt es drei Geschosse und ein Untergeschoss, in dem sich auch ein Klassenzimmer befindet. Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen: rund 35 % für Akustikmassnahmen, 35 % für die Leuchten und der verbleibende Anteil für die Elektroinstallationen. Für die Vergabe werden mehrere Offerten eingeholt und Preisverhandlungen geführt. Die gleichzeitige Umsetzung der Akustikmassnahmen und des Leuchtmittel-Einbaus ist sinnvoll, da dadurch Synergien genutzt und Kosten optimiert werden können.

Die Frage des Vorsitzenden, ob am Rückweisungsantrag der SVP und Unabhängige-Fraktion festgehalten wird, wird bejaht.

In der anschliessenden Abstimmung stimmt der Generalrat der Rückweisung des Objektkredits für den Beleuchtungsersatz und Akustikmassnahmen im Berntorschulhaus in der Höhe von CHF 365'000.00 mit 27 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zu.

3.3 IK0065 Objektkredit Depot Museum ZSA Galmiz

Laut Herrn Rotzetter konnten die zahlreichen offenen Fragen, die während der ersten Fraktionssitzung der Mitte-glp-EVP- und Unabhängige-Fraktion aufkamen, bei einer Besichtigung des Museumsdepots an der Bernstrasse 9 beantwortet werden. Herr Decrausaz, Museumsleiter, und Frau Tarchini, Expertin für präventive Konservierung, führten die Teilnehmenden durch die Räumlichkeiten und gewährten spannende Einblicke in die umfangreiche Sammlung von Kulturschätzen aus verschiedenen Epochen. Zudem erläuterten sie die konservatorische Arbeit und beantworteten die gezielten Fragen der Teilnehmenden. Die Mitte-glp-EVP- und Unabhängige-Fraktion dankt dem Museumsteam für die interessante Führung. Die Verantwortung für den Erhalt der regionalen Kulturgüter liegt gemeinsam bei der Gemeinde und dem Museum. Es ist wichtig, dass diese einzigartigen Objekte auch für die kommenden Generationen bewahrt werden. Das Projekt in der Zivilschutzanlage in Galmiz erfüllt die zentralen Anforderungen an eine fachgerechte Konservierung der Sammlung. Zudem bietet es durch die überlegtere Raumaufteilung und die verbesserte Zugänglichkeit deutliche Vorteile im Vergleich zum aktuellen Standort an der Bernstrasse 9. Der Mitte-glp-EVP- und Unabhängige-Fraktion ist es bewusst, dass es sich nicht um die beste Lösung handelt. Dennoch ist sie überzeugt, dass dieses Projekt einen erheblichen Beitrag zur finanziellen Entlastung des Haushalts der Gemeinde leisten wird. Die Mitte-glp-EVP- und Unabhängige-Fraktion

hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass Diskussionen mit dem Amt für Kultur bezüglich des Kulturgüterlagers im Gange sind. Auch wenn mit der nun vorliegenden Lösung ein Teil der Bedürfnisse abgedeckt werden kann, wird das Lager in Givisiez für die Zukunft des Museums Murten auch seine Bedeutung haben. In diesem Sinne sollte sich die Gemeinde bei der Volksabstimmung im Februar nicht mit den anderen Institutionen im Kanton desolidarisieren, da sowohl eine lokale als auch eine kantonale Lösung benötigt wird. Die Mitte-glp-EVP- und Unabhängige-Fraktion unterstützt den Antrag einstimmig und dankt dem Gemeinderat, dass er eine kostengünstige und vernünftige Alternative gefunden hat, die den Bedürfnissen von Sammlung und Budget gerecht wird.

Herr Rau von der SVP und Unabhängige-Fraktion erinnert daran, dass der Gemeinderat am 13. Dezember 2023 einen Objektkredit für ein neues Depot für das Museumsgut im Betrag von 2 Mio. CHF vorgeschlagen hat. Nun geht es um einen Objektkredit im Betrag von CHF 350'000.00. Das Museumsdepot braucht aufgrund des geplanten Bauprojekts für die neue Kultur- und Sporthalle einen neuen Standort. Die Gemeinde Murten hat mit dem Museum ausserdem eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen und steht in der Pflicht, bei der Suche nach einem neuen Standort zu helfen. Die Anlage in Galmiz überzeugt insbesondere durch ihre vorteilhafte Erschliessung, eine durchdachte Raumaufteilung und die heutigen Nutzungsverhältnisse. Das Museumsdepot würde die ZSA zusätzlich aufwerten und gleichzeitig einen nachhaltigen Unterhaltsnutzen gewährleisten. Im Katastrophenfall muss die ZSA jedoch innerhalb von drei Tagen geräumt werden, was ein Nachteil darstellt. Die SVP und Unabhängige-Fraktion wird dem Antrag grossmehrheitlich zustimmen.

Herr Burger von der SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion erinnert ebenfalls an die Generalratssitzung vom 13. Dezember 2023, an welcher ein Neubau vorgeschlagen wurde. Das damalige Projekt mit einem beantragten Kredit von 2 Mio. CHF, der ohnehin nur das Notwendigste abdeckte, wurde durch einen Kürzungsantrag in der Höhe von CHF 250'000.00 faktisch zu Fall gebracht. Es war absehbar, dass das vorgeschlagene Depot aufgrund des Kürzungsantrags nicht realisiert werden konnte. Die Zeit drängte schon damals, denn der bisherige Standort des Depots muss bis Ende 2025 geräumt sein. Dieses neue Projekt mag auf den ersten Blick deutlich günstiger sein, stellt jedoch letztlich nur eine provisorische Lösung dar. Im Katastrophenfall müsste die Zivilschutzanlage sogar geräumt werden. Der drängende Umzug bindet zudem die ohnehin schon knappen personellen Ressourcen des Museumspersonals. Die vorgeschlagene Lösung steht auch im Zusammenhang mit den bevorstehenden Jubiläumsfeierlichkeiten im Jahr 2026 und den Aufgaben des Museums Murten, das als Kompetenzzentrum für historische Belange fungiert. Angesichts der bevorstehenden Herausforderungen dankt Herr Burger den involvierten Mitarbeitenden für ihre wertvolle Arbeit. Auch aufgrund der Dringlichkeit

wird die SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion dem Objektkredit einstimmig zustimmen.

In der anschliessenden Abstimmung stimmt der Generalrat dem Objektkredit für das neue Depot für das Museumsgut in der Höhe von CHF 350'000.00 grossmehrheitlich zu.

3.4 IK0106 Objektkredit Sanierung Schaalturm

Der Generalrat genehmigt den Objektkredit für die Sanierung des Schaalturms in der Höhe von CHF 185'000.00 einstimmig.

3.5 IK0108 Objektkredit Temporäre Überdachung Alter Friedhof

Gemäss Herrn Hans von der SVP und Unabhängige-Fraktion eröffnet die geplante Überdachung vielseitige Nutzungsmöglichkeiten für den Alten Friedhof, sei es für das Jubiläumsjahr, die Soli mit dem «Solipintli» oder zahlreiche weitere Anlässe. Die Lösung ist kostengünstig, flexibel und ästhetisch ansprechend. Dabei bleibt das Ortsbild erhalten, und historische Elemente werden respektvoll integriert. Gleichzeitig wird das Gemeinschaftsleben gestärkt. All das, ohne grössere Eingriffe vorzunehmen. Herr Hans ist überzeugt, dass die Mehrheit dieses Vorhaben unterstützen wird.

Gemäss Frau Baschung von der Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion ist der Alte Friedhof nicht nur ein historisch bedeutender Ort, sondern er hat sich dank seiner zentralen Lage direkt vor den Ringmauern zu einem wichtigen Begegnungsplatz entwickelt. Hier kommen die Bürgerinnen und Bürger von Murten zusammen – es wird gegrillt, gegessen, gelacht, gesungen und auch Sport getrieben. Auffallend ist, dass die verschiedenen Veranstalter mehrmals pro Jahr ein Festzelt oder eine Überdachung auf dem Platz auf- und abbauen, wobei bislang kaum Synergien genutzt werden. Dies führt jedes Mal zu hohen Kosten und bindet wertvolle personelle Ressourcen – ein Vorgehen, das alles andere als nachhaltig ist. Als Lösung wird nun die Anschaffung einer eigenen temporären Überdachung vorgeschlagen. Dies insbesondere mit Blick auf die 550-Jahr-Feier der Schlacht bei Murten. Die vorgeschlagene Konstruktion würde sich harmonisch in die charmante Umgebung vor dem Berntor einfügen. Die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion erachtet die geschätzten Kosten von CHF 150'000.00 als sinnvolle Investition in die Attraktivität und Lebensqualität der Gemeinde. Eine moderate und faire Kostenabwälzung auf die Nutzerinnen und Nutzer in Form von Gebühren wäre dabei empfehlenswert. Wichtig ist, dass das Zelt flexibel und vielseitig für sämtliche Anlässe nutzbar ist. Auch neue Nutzungsformate wären denkbar, beispielsweise für Jugend- und Kinderanlässe. Idealerweise sollte das Zelt bereits für die Kadettentage im kommenden

Jahr einsatzbereit sein. Eine gewisse Grundausstattung des Zeltes wäre ebenfalls wünschenswert, beispielsweise mit einem Minimum an Tischen, Bänken und Külschränken. Wenn gleichzeitig die Unebenheiten des Bodens noch etwas ausgebessert werden könnten, wäre dies wünschenswert – jedoch nur, sofern es das Budget zulässt. Die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion dankt der Gemeinde und dem Projektteam für die Ausarbeitung und Präsentation des Projekts, das sich auf dem richtigen Weg befindet. Die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion wird dem Kredit einstimmig zustimmen und freut sich bereits heute auf die Einweihung.

Gemäss Herrn Wieland von der SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion ist die Grundidee einer Markthalle - eines Gebäudes oder Dachs, das ganzjährig einen geschützten Platz für verschiedene Aktivitäten bietet - äusserst überzeugend. Davon können viele profitieren. Zudem lassen sich Kosten einsparen, da nicht für jede Veranstaltung ein Festzelt gemietet und aufgestellt werden muss. Die SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion erkennt darin einen grossen Nutzen für die Gemeinde und unterstützt das Projekt. Besonders hervorzuheben ist, dass die geplante Konstruktion sich harmonisch in das historische Stadtbild der Altstadt einfügt.

In der anschliessenden Abstimmung stimmt der Generalrat dem Objektkredit für die temporäre Überdachung des Alten Friedhofes in der Höhe von CHF 150'000.00 grossmehrheitlich zu.

3.6 IK0109 Objektkredit HSSB TP3, Instandsetzung Umgebung Sauna

Laut Herrn Blättler begrüsst die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion das Vorgehen zur Instandhaltung und Modernisierung des HSSB. Sie zeigt sich erfreut darüber, dass die Gemeinde eine klare und strukturierte Strategie verfolgt, um den Zustand der Anlagen zu evaluieren, notwendige Massnahmen zu priorisieren und transparent darzulegen, welche Schritte zu welchem Zeitpunkt erforderlich sind. Für die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion ist die geplante Instandsetzung der Umgebung der Sauna nachvollziehbar und notwendig. Die maroden Hangsicherungen stellen nicht nur ein Sicherheitsrisiko dar, sondern beeinträchtigen auch die Attraktivität des Aussenbereichs. Die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion erachtet den Planungskredit in der Höhe von CHF 85'000.00 ebenfalls als sinnvoll. Dabei legt sie besonderes Augenmerk auf die geplante Sanierung des Aussenbeckens, die sie als dringend erforderlich betrachtet, um die Sicherheit und Nutzbarkeit der Anlage zu gewährleisten. Besonders begrüsst sie, dass dabei auch eine Attraktivitätssteigerung durch zusätzliche Spielmöglichkeiten sowie die Möglichkeit zur offiziellen Anerkennung des 50-Meter-Beckens für Wettkämpfe durch eine geringfügige Verlängerung geprüft wird. Ein solcher Schritt würde die Anlage über die Gemeindegrenzen hinaus aufwerten und langfristig zusätzliche Nutzergruppen

ansprechen. Im Rahmen der Planung ist zudem zu prüfen, inwiefern eine Revitalisierung des Seeufers unter Inanspruchnahme entsprechender Subventionen von Bund und Kanton realisiert werden könnte. Die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion erwartet zudem, dass sich auch die umliegenden Gemeinden, die von dieser überregionalen Attraktivität profitieren, finanziell an den Kosten beteiligen. Zudem sollten gezielt Subventionen auf kantonaler Ebene sowie mögliche Fördergelder beantragt werden, um die finanzielle Last auf mehrere Schultern zu verteilen und die Kosten für die Gemeinde Murten zu minimieren.

In der anschliessenden Abstimmung stimmt der Generalrat dem Objektkredit für die Instandsetzung der Umgebung der Sauna in der Höhe von CHF 50'000.00 grossmehrheitlich zu.

3.7 IK0110 Planungskredit HSSB TP5 Flachdächer, TP6 Betonsanierungen, TP8 Aussenbecken

Laut Frau Müller-Stöckli von der SVP und Unabhängige-Fraktion ist es notwendig, das HSSB weiterhin attraktiv zu halten und auf den erforderlichen Stand zu bringen. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass auch das Personal eigene sanitäre Einrichtungen benötigt, die im aktuellen Kredit nicht berücksichtigt wurden. Da es sich um mehrere Investitionen handelt, sollten verschiedene Anfragen zur Mitfinanzierung gestellt werden, beispielsweise an den Kanton, den Bund und eventuell weitere Institutionen. Die SVP und Unabhängige-Fraktion unterstützt den Kredit mehrheitlich.

In der anschliessenden Abstimmung stimmt der Generalrat dem Planungskredit für die drei Teilprojekte (Flachdachsanie rung, Betonsanie rung und Beckensanie rung) in der Höhe von CHF 85'000.00 grossmehrheitlich zu.

3.8 IK0111 Objektkredit Sanierung Fassade Werkhof

Die SVP und Unabhängige-Fraktion ist gemäss Herrn Aegerter einstimmig für den Kredit, da in der Zone von allgemeinem Interesse der Unterhalt gewährleistet werden muss. Die SVP und Unabhängige-Fraktion stellt sich jedoch die Frage, ob dieser Standort für den Werkhof auch langfristig noch der richtige ist.

In der anschliessenden Abstimmung stimmt der Generalrat dem Objektkredit für die Instandsetzung der Fassade Pra Pury 2 in der Höhe von CHF 198'000.00 grossmehrheitlich zu.

3.9 IK0112 Objektkredit Anschluss Fernwärme Pra Pury 2 und Wilerweg

Die SVP und Unabhängige-Fraktion hat gemäss Herrn Heubi anlässlich der Kreditberatung einige Unklarheiten bei den Zahlen festgestellt. Die Anschlusskosten werden in der Botschaft mit einem Akonto Anschlussbeitrag von CHF 12'000.00 und anschliessend nochmals beim Anschlussbeitrag von total CHF 50'000.00 als einmalige Kosten aufgeführt. Weiter wird der Anschlussbeitrag auch beim Total der Investitionskosten von CHF 100'000.00 erwähnt (Rückbau und Sekundäranschluss, inkl. Anschlussbeitrag). Nach Rücksprache mit der Bauverwaltung stellte sich heraus, dass sich ein Fehler eingeschlichen hat. Der Anschlussbeitrag beträgt total CHF 50'000.00 (davon sind CHF 12'000.00 Akonto). Die Gesamtkosten fallen somit um CHF 12'000.00 geringer aus. Zudem wird es auch noch Subventionen des Kantons in der Höhe von rund CHF 7'000.00 geben - unabhängig davon, dass die Zahlen nicht ganz korrekt aufgeführt sind. Die derzeitige Holzschnitzelheizung hat ihr Lebensende sicherlich noch nicht erreicht. Die SVP und Unabhängige-Fraktion begrüsst jedoch, dass die Gemeinde vorausschauend handelt und bereits jetzt Massnahmen ergreift, um einen späteren Austausch der Heizung zu erleichtern. Zudem ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um den Anschluss an das Fernwärmenetz zu realisieren, da die Bauarbeiten am Wilerweg derzeit im Gange sind. Mit diesem Vorgehen fallen die Gesamtkosten voraussichtlich niedriger aus, als wenn später eine kurzfristige Schnelllösung erforderlich wäre. Das Ganze fügt sich zudem in die Strategie der Gemeinde ein, den Ausbau der Fernwärme voranzutreiben und zu fördern. Die SVP und Unabhängige-Fraktion wird daher dem Objektkredit einstimmig zustimmen.

In der anschliessenden Abstimmung stimmt der Generalrat dem Objektkredit für den Anschluss der Gebäude Pra Pury 2 und Wilerweg 3 an die Fernwärme in der Höhe von CHF 186'000.00 einstimmig zu.

3.10 IK0113 Rahmenkredit für die Jahre 2025 - 2028 Sanierung Waldwege (PWI)

Herr Minder von der SVP und Unabhängige-Fraktion betont, dass die Periodische Wiederinstandstellung (PWI) ein bewährtes und wichtiges Instrument darstellt, um die Waldwege zu erhalten und ihre Nutzung für die Allgemeinheit sicherzustellen. Unterbleibt die Sanierung, leiden sowohl die Sicherheit als auch der Wert der Wege. Vernachlässigter Unterhalt führt zudem zu steigenden Kosten, was nicht im Interesse der Allgemeinheit liegt. Die SVP und Unabhängige-Fraktion spricht sich daher für eine Zustimmung aus.

In der anschliessenden Abstimmung stimmt der Generalrat dem Rahmenkredit in der Höhe von CHF 128'000.00 für die Sanierung der Waldwege in den Wäldern der Gemeinde Murten für die Jahre 2025 - 2028 einstimmig zu.

Der Vorsitzende gibt einen 5-minütigen Sitzungsunterbruch bekannt. Nach der Pause wird die Sitzung fortgesetzt.

4. Budget 2025

Herr Gemeinderat Aebersold gibt einige allgemeine Ausführungen zum Budget und erläutert kurz die Elemente, die Beilagen zur Botschaft zum Budget sowie die wichtigen Steuerungselemente des Budgets. Die Beilage «Detaillierte Erfolgsrechnung mit Erläuterungen» beinhaltet die wichtigsten Veränderungen zwischen Budget 2025 und Budget 2024 sowie den Vergleich mit der Rechnung 2023 nach funktionaler Gliederung. Neu wurde die Beilage «Erfolgsrechnung Funktionale Gliederung auf Kontoebene» erstellt, welche die Veränderungen zwischen Budget 2025 und 2024 sowie zwischen Budget 2025 und Rechnung 2023 darstellt und einen Vergleich mit der Rechnung 2022 ermöglicht. Die Rechnung bietet eine wertvollere Vergleichsmöglichkeit als das Budget, da sie die tatsächlichen Ergebnisse widerspiegelt. Im Gegensatz dazu basiert das Budget lediglich auf Schätzungen. Das Ziel besteht darin, die Vergleichbarkeit zwischen Budget und Rechnung künftig zu optimieren. Es wurde auch versucht, das Budget möglichst nahe an die Rechnung anzupassen und dabei gleichzeitig Veränderungen zu berücksichtigen. Die Einnahmen wurden dementsprechend höher budgetiert. Es besteht jedoch das Risiko, dass in Zukunft die prognostizierten Einnahmen nicht erreicht werden, falls die konjunkturelle Lage sich ändert. Ein guter Zeitpunkt für einen umfassenden Vergleich ist gegeben, da seit 2021 mit HRM2 gearbeitet wird. Zudem wurden per 1. Januar 2022 die Fusionen vollzogen. Zu den wichtigsten Steuerelementen des Budgets gehört das operative Ergebnis als zentrale Steuerungsgrösse. Dieses zeigt auf, ob die Einnahmen die Ausgaben und Abschreibungen im operativen Bereich decken können oder nicht. Die Zielgrösse ist dabei Null bzw. ein ausgeglichenes Ergebnis. Ein anderes wichtiges Steuerungselement ist das Gesamtergebnis. Das Gesamtergebnis muss eigentlich positiv sein. Weiter ist auch die Investitionsrechnung mit den Verpflichtungs- und Budgetkrediten und den gebundenen Ausgaben von Bedeutung. Im Unterschied zu den Verpflichtungskrediten verfallen die Budgetkredite Ende Jahr. Die Verpflichtungskredite hingegen laufen bis sie abgeschlossen sind und sind auf drei Jahre limitiert. Die Verpflichtungskreditkontrolle ist eine sehr wertvolle Darstellung. Auch der Geldfluss aus operativer Tätigkeit ist eine zentrale Steuerungsgrösse. Dieser zeigt die Selbstfinanzierung auf. In den letzten Jahren konnten alle Investitionen aus eigenen Mitteln selbst finanziert werden. Schliesslich zählen auch die Bilanz und die Kennzahlen zu den wichtigen und zentralen Steuerungsgrössen.

Zu den Eckdaten des Budgets 2025: Gemäss Gemeinderat Aebersold sieht die Erfolgsrechnung ein positives Gesamtergebnis von 1.1 Mio. CHF vor (Rechnung 2023: 4.1 Mio. CHF). Das operative Ergebnis beträgt aufgrund der höher budgetierten Einnahmen -2.9 Mio. CHF (Rechnung 2023: 0.6 Mio. CHF, im Vergleich zum Budget 2023: -3.6 Mio. CHF und zum Budget 2024: 1.3 Mio. CHF). Die Investitionsrechnung sieht Ausgaben in der Höhe von netto 7.7 Mio. CHF vor. In der Rechnung 2023 betragen die Investitionen 4.8 Mio. CHF. Der Geldfluss aus operativer Tätigkeit ist mit 1.3 Mio. CHF immerhin positiv. Beim Budget 2024 war dieser leicht negativ. Im Vergleich zur Rechnung 2023 ist er jedoch deutlich tiefer. Das Fremdkapital steigt auf 74 Mio. CHF. Das Nettovermögen ist zwar immer noch positiv, hat sich aber in den letzten zwei Jahren halbiert. Der Nettoverschuldungsquotient ist unproblematisch. Der Steuersatz für natürliche und juristische Personen beträgt unverändert 62 %. Vergleicht man die Entwicklung mit dem Cashflow, zeigt sich ein klarer Trend: Bezogen auf den Geldfluss war das Jahr 2021 ein ausserordentlich starkes Jahr und das Jahr 2022 ein sehr gutes Jahr. Betrachtet man die langfristige Perspektive und plant mit Investitionen in der Grössenordnung von 5 bis 6 Mio. CHF pro Jahr, lässt sich eine vollständige Selbstfinanzierung von 100 % erreichen. Dieses Ziel wurde im Jahr 2023 nicht erreicht. Für die Jahre 2024 und 2025 bleibt abzuwarten, wie sich die Situation entwickeln wird – voraussichtlich werden die Ergebnisse jedoch eher im Bereich der budgetierten Zahlen liegen. Eine Übersicht der Kantonsabgaben und der Beiträge an Gemeindeverbände im Vergleich zum Steuerertrag für die Jahre 2020 bis 2025 verdeutlicht diese Entwicklung und zeigt das Verhältnis zwischen den abgelieferten Beiträgen und den erzielten Einnahmen im betrachteten Zeitraum auf. Im Jahr 2020 betrug der Steuerertrag 19.48 Mio. CHF. Diesem standen Abgaben in der Höhe von 19.3 Mio. CHF gegenüber. Im Jahr 2023 wurde erstmals deutlich mehr abgeliefert als eingenommen. Dieser Trend setzt sich nun fort. Erste Gespräche mit den Gemeindeverbänden wurden bereits geführt, um auf diese Entwicklung aufmerksam zu machen. Es ist notwendig, das Thema weiter zu diskutieren – möglicherweise auch im Austausch zwischen den Gemeinden, denn in den kommenden Monaten wird diese Entwicklung wohl auch in anderen Gemeinden zu verstärkten Diskussionen führen.

Im Jahr 2023 wurde lediglich ein Teil der geplanten Investitionen umgesetzt. Zudem konnte die Gemeinde aufgrund verschiedener Bereinigungen seitens der Verbände Rückzahlungen verbuchen. Gemäss Übersicht zur Entwicklung der Nettoschuld im Vergleich zum Fiskalertrag 2020 – 2025 sind die Steuereinnahmen ab 2022 stabil. Gestützt auf die Prognose der Kantons wurden die Einnahmen jedoch nach oben korrigiert. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen sowie die Sondersteuern wurden erhöht. Derzeit profitiert die Wirtschaft von einem anhaltenden Boom, und es findet ein reger Handel mit Liegenschaften statt. Aus diesem Grund wurden die entsprechenden Einnahmen im Budget 2025 vorgesehen. Dadurch liegt die Budgetierung näher an den tatsächlichen IST-Werten als in der

Vergangenheit. Im Budget 2024 wurden diese Zahlen damals noch etwas pessimistischer angesetzt.

Das operative Ergebnis beträgt gemäss Budget 2025 -2'930 TCHF und fällt damit um 3.6 Mio. CHF schlechter aus als in der Rechnung 2023. Es wurden 6 % mehr Steuereinnahmen budgetiert als noch im Vorjahr (Effekt +1.8 Mio. CHF). Hingegen fehlen bei den Entgelten 1.1 Mio. CHF aus der Senkung der Abwassergebühren im Jahr 2024. Der Personalaufwand figuriert um 8.3 % höher als in der Rechnung 2023 (vor allem wegen dem Teuerungsausgleich 2024 und den Pensenerhöhungen). Dabei spielt auch der Transferertrag eine Rolle, welcher auch Konventionsbeträge umfasst, die zur Deckung der Personal- und Sachkosten beitragen. Der Sachaufwand zeigt eine sehr erfreuliche Entwicklung. Die Abschreibungen sind investitionsbedingt, und der Transferaufwand liegt im Rahmen des Budgets. Allerdings bereiten die laufend zunehmenden Beiträge an die Gemeindeverbände Sorgen. Das Finanzvermögen wird durch den höheren Zinsaufwand belastet, was jedoch voraussichtlich nicht dramatisch ausfällt. Die allgemeine Zinsentwicklung wirkt sich zudem positiv auf die Schulden aus.

Die Nettoinvestitionen belaufen sich im Jahr 2025 auf 7.7 Mio. CHF. Ein grosser Teil betrifft bestehende Kredite, die bereits vorgängig bewilligt wurden. Die neuen Verpflichtungskredite wurden vorher diskutiert. Die Zahlen müssen noch entsprechend korrigiert werden. Die neuen Budgetkredite sind Teil des Budgets. Die gebundenen Ausgaben werden separat ausgewiesen. Darin sind auch die Ausgaben und Investitionen in die Gemeindeverbände enthalten.

Abschliessend merkt Gemeinderat Aebersold an, dass das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung mit 1'103 TCHF zwar positiv ist und um 1'039 TCHF über dem Budget 2024 liegt, aber dennoch unbefriedigend ist. Weiter sollte das operative Ergebnis bei Null liegen. Auch der Geldfluss aus operativer Tätigkeit ist mit 1'332 TCHF relativ bescheiden. Die Nettoinvestitionen betragen rund 7.7 Mio. CHF und müssen fremdfinanziert werden. Das Nettovermögen ist mit CHF 1'311.00 pro Einwohnerin und Einwohner jedoch immer noch positiv. Der Nettoverschuldungsquotient beträgt -40.9 %. Die operativen Geldflüsse und damit die Selbstfinanzierung sind ungenügend, was zu einer steigenden Verschuldung führt. Bei der Beurteilung der Zukunftsaussichten ist positiv, dass die Gemeinde Murten weiterhin attraktiv ist und diversifizierte Steuereinnahmen hat. Grössere Einnahmerückgänge sind daher nicht absehbar. Die Investitionen in die Abwasser- und Trinkwasser-Infrastruktur müssen allerdings fremdfinanziert und über steigende Gebühren ausgeglichen werden. Negativ ist die überproportionale Zunahme der Abgaben an den Kanton und an die Gemeindeverbände, welche die Ertragslage der Gemeinde belasten und deshalb zu einer ungenügenden Selbstfinanzierung führen.

Herr Bula, Präsident der generalrätlichen Finanzkommission (FIKO), dankt Herrn Gemeinderat Aebersold, dem Finanzverwalter Heinz Kramer, dem Gemeinderat und der gesamten Stadtverwaltung für die disziplinierte Budgetierung und die umfassende Berichterstattung. Er bedankt sich ebenfalls für den offenen und transparenten Austausch bei der Beratung des Budgets in der FIKO. Das Budget 2025 lässt nicht viel Spielraum für Veränderungen. Auffallend sind die verhältnismässig hohen Transferaufwände, die im Vergleich zum letztjährigen Budget um weitere 800 TCHF steigen und somit einem mehrjährigen Trend folgen. Erfreulich ist, dass bei den Steuererträgen sowohl bei den privaten als auch bei den juristischen Personen eine stetige Steigerung prognostiziert werden konnte. Die Nettobeiträge an den Kanton, primär bei den Löhnen der Lehrpersonen und der Sonderschulen, haben sich gegenüber dem Budget ebenfalls um 0.5 Mio. CHF erhöht. Hier wäre eine Neubeurteilung der Finanzierungslast zwischen dem Kanton und der Gemeinde anzustreben. Erste Gespräche haben bereits stattgefunden. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 17.4 % und ist somit weit entfernt von den Richtwerten von 80 – 100 %. Es ist problematisch, wenn das operative Ergebnis bei weitem nicht reicht, um die Investitionen zu decken, zumal die grossen Investitionen erst noch anstehen. Wie bereits in den Jahren zuvor fordert die FIKO den Gemeinderat auf, infolge der zunehmend prekären Finanzlage Massnahmen im Sinne einer Verschuldungsgrenze oder auch einer Steuererhöhung zu überlegen und vorzuschlagen. Ein Notfallplan sollte bereits jetzt definiert und kommuniziert werden. Die FIKO stellt immer wieder fest, dass Subventionen, Mitfinanzierungen durch Stiftungen oder umliegende Gemeinden, Kultur- oder Sportorganisationen, Public Private Partnerships (PPP) usw. nicht allzu intensiv verfolgt werden. Gerade in der aktuellen finanziellen Situation von Murten wäre dies jedoch eminent wichtig, um die prognostizierte Verschuldung wieder etwas eindämmen zu können. Auch die Kosten in diversen Verbänden sind weiter gestiegen. Hier bittet die FIKO die Delegierten und FIKO-Vertreter in diesen Verbänden, diese Kostenzunahme kritisch zu prüfen und möglichst einzudämmen. Insgesamt unterstützt die FIKO das Budget 2025 und empfiehlt dem Generalrat, dieses zu genehmigen.

Gemäss Herrn Schick löste sowohl das Budget 2025 als auch der dazugehörige Finanzplan 2025 – 2029 in der SVP und der Unabhängige-Fraktion einige Diskussionen aus. Positiv hervorzuheben ist, dass die Nettoinvestitionen für das Jahr 2025 deutlich unter dem Niveau des Vorjahres angesetzt sind. Allerdings ist besorgniserregend, dass die Verpflichtungskredite für 2025 erneut über eine Fremdfinanzierung gedeckt werden müssen. Der momentane Trend zu sinkenden Bankzinsen darf kein Grund zur Beruhigung sein, da Kredite letztlich immer amortisiert werden müssen. Es ist ausserdem sowohl bedauerlich als auch ungerecht, der nächsten Generation eine immer höhere Verschuldung zu hinterlassen. Es sollte zudem allen bewusst sein, dass ein erheblicher Teil der Investitionen gebundene Ausgaben sind, auf die der Generalrat keinen direkten Einfluss hat. Dementsprechend lassen sich in

der Budgetdebatte leider keine Einsparungen in Millionenhöhe erzielen. Die vorliegenden Finanzkennzahlen, die vorbildlich auch die anteiligen Schulden der ARA Seeland Süd und der IB-Muren berücksichtigen, bereiten der SVP und der Unabhängige-Fraktion erhebliche Bedenken. Die Zielwerte des Gemeinderates werden durch die Verschuldung bis im Jahr 2029 konsequent überschritten und von Gesetzes wegen nicht eingehalten. Dies ist nicht hinnehmbar. Die Finanzperspektiven der Gemeinde sind sehr besorgniserregend. Die SVP und Unabhängige-Fraktion erwartet vom Gemeinderat eine klare Kurskorrektur, um die signifikante Verschuldung kurzfristig in eine positive Richtung zu lenken. Es ist untragbar, dass in naher Zukunft drastische Steuererhöhungen für natürliche und juristische Personen notwendig werden, weil die prognostizierte Verschuldung sämtliche definierten Zielwerte überschreitet. Massive Steuererhöhungen werden das Schuldenproblem allein nicht lösen können. Die SVP und Unabhängige-Fraktion wird sich daher weiterhin gegen eine künftige Steuererhöhung wehren. Der Gemeinderat ist aufgefordert, zeitnah eine effektive und nachhaltige Kurskorrektur zu entwickeln, um zu verhindern, dass der beträchtliche Schuldenstand in naher Zukunft zu einer grundlegenden finanziellen Belastung wird. Gemäss Herrn Schick erwartet ein Grossteil der Murtner Bevölkerung vom Generalrat zeitnah ein kostenoptimiertes Projekt an der Bernstrasse 9, da ein geeigneter Mehrzweckraum sowie eine Dreifachturnhalle dringend benötigt werden. Angesichts dieser prekären finanziellen Aussichten ist es unumgänglich, in anderen Bereichen ebenfalls Kosten zu optimieren und Einsparungen vorzunehmen. Die SVP und Unabhängige-Fraktion wird gemäss Herrn Schick aus den genannten Gründen dem Budget 2025 nicht zustimmen können. Abschliessend bedankt sich Herr Schick im Namen der SVP und Unabhängige-Fraktion beim Finanzchef und Gemeinderat Andreas Aebersold sowie beim Finanzverwalter Heinz Kramer und dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des Budgets 2025 sowie die umfassende Berichterstattung.

Nach der kritischen Betrachtung des Finanzplans stellt Herr Känzig von der SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion für das Budget eine positivere Entwicklung fest: Die Richtung stimmt. Das nächste Jahr soll rund 1 Mio. CHF besser abschliessen im Vergleich zum letzten Budget, was bei aller Kritik, die ebenfalls angebracht ist, zu würdigen ist. Der verbesserte Abschluss ist auf optimistischere Prognosen der Steuereinnahmen zurückzuführen, wodurch die Differenz zwischen Budget und Rechnung verringert werden soll. Dies wird ebenfalls begrüsst. Die Entwicklung zeigt somit eine leichte Tendenz in die positive Richtung. Allerdings ist sie im Hinblick auf die bevorstehenden grossen Investitionen eindeutig unzureichend. Ohne die Entnahme aus der Aufwertungsreserve wäre das operative Ergebnis deutlich negativer. Die SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion ist klar der Ansicht, dass das Budget 2025 keine Luxusprojekte enthält. Durch nun vorgeschlagene kosmetische Anpassungen oder Mikromanagement am Vorschlag des Gemeinderates würde die mittelfristige Investitionsfähigkeit nicht wesentlich verbessert. Die SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-

Fraktion wird deshalb allen Budgetkrediten und insbesondere dem Budget 2025 zustimmen und dankt allen, die zur Ausarbeitung der transparenten Unterlagen beigetragen haben, insbesondere den Mitarbeitenden der Finanzverwaltung, den Mitgliedern der Geschäftsleitung und dem Gemeinderat. Herr Känzig hebt beim Dank insbesondere jene Abteilungen hervor, die im Budget 2025 mit einem geringeren Betrag auskommen als im Vorjahr. Mit gutem Beispiel gehen dabei die Finanzverwaltung, die Liegenschaftsverwaltung und die Stadtpolizei voran, ebenso das Konservatorium sowie die Unterstützungsbeiträge für ausserschulische und familienergänzende Betreuung, der Bootshafen und das HSSB, die Angebote der frühen Förderung sowie die Kinder- und Jugendfachstelle, die Sozialhilfe und das Asylwesen sowie der Friedhof. Es wird mit Augenmass budgetiert. Für das Jahr 2025 wurde auch beim Generalrat ein geringerer Betrag als im Jahr 2024 veranschlagt. Als Gründe werden neben geänderten internen Verrechnungen insbesondere der reduzierte Bedarf an Drucksachen und Porti genannt. Herr Känzig dankt in diesem Zusammenhang allen Mitgliedern des Generalrats, die bereits auf den digitalen Versand der Sitzungsunterlagen umgestellt haben.

Laut Frau Hofstetter Schütz von der Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion sieht das budgetierte operative Ergebnis gegenüber dem Vorjahresbudget besser aus, jedoch decken die betrieblichen Einnahmen die betrieblichen Ausgaben seit geraumer Zeit bei weitem nicht. Es fehlen für das Jahr 2025 beinahe 3 Mio. CHF. Auch wenn der Geldfluss aus operativer Tätigkeit bzw. der Selbstfinanzierungsgrad mit 1.3 Mio. CHF besser sein wird als im Jahr 2024 budgetiert, so vermag dieser nur 17.4 % der Nettoinvestitionen in der Höhe von 7.7 Mio. CHF zu finanzieren. Zur Finanzierung sämtlicher Investitionen und Darlehensgewährungen muss daher Fremdkapital in der Höhe von 8 Mio. CHF bei den Banken aufgenommen werden. Das Eigenkapital nimmt zudem stetig ab, und die Aufwertungsreserve wird jährlich reduziert, bis diese im Jahr 2030 vollständig aufgebraucht sein wird. Die Gemeinde gibt weiterhin deutlich mehr aus, als dass sie einnimmt, trotz der Steuereinnahmenkorrektur für das Jahr 2025 in Höhe von rund 2.5 Mio. CHF. Gemäss Frau Hofstetter Schütz geben aber nicht nur die im 2025 budgetierten Investitionen in der Höhe von 6.1 Mio. CHF zu denken, sondern auch die stetig steigenden gebundenen Ausgaben an Verbände, Konventionen und Organisationen von rund 1.6 Mio. CHF. Die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion bittet die zuständigen Gemeinderatsmitglieder, welche Einsitz in die Vorstände haben, genauer hinzuschauen und wo nötig die Handbremse zu ziehen. Die Prognose für die kommenden Jahre ist dabei wenig vielversprechend. Die aktuelle Situation bereitet Anlass zur Sorge. Daher stellt sich erneut die Frage, an welchen Stellen künftig Einsparungen vorgenommen werden können. Frau Hofstetter Schütz ist überzeugt, dass ein rigoroser Verzicht auf Neuinvestitionen nicht die richtige Lösung darstellt und die Meinungen im Generalrat diesbezüglich deutlich auseinandergehen würden. Die Erkenntnis, dass die Murtner Bevölkerung nicht sämtliche Zentrumslasten allein

tragen kann und muss, steht jedenfalls fest. Darüber hinaus sind Weitsicht und die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten durch Dritte erforderlich – sei es durch neue Leistungsverträge mit den umliegenden Gemeinden, Kostenbeteiligungen seitens des Kantons oder des Bundes sowie durch private Beiträge. Zudem gilt es, eine präzise Evaluation vorzunehmen und auf «nice-to-have»-Ausgaben zu verzichten. Und nicht zuletzt – auch wenn es niemand gerne hört: Eine Steuererhöhung muss als mögliche Option in Betracht gezogen werden. Die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion bedankt sich gemäss Frau Hofstetter Schütz bei den Verantwortlichen der Gemeindeverwaltung und Herrn Gemeinderat Aebersold für das ausführliche und übersichtliche Budget 2025 inkl. der Budgetkredite. Abschliessend ein Hinweis zum Budgetkredit Sanierung Pavillon Bodemünzi: Die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion regt an, dass Vereine aktiv nach Sponsoringmöglichkeiten suchen oder die Holzfachschule zeitnah für die Projektausarbeitung und Projektausführung angefragt wird. Nach der Korrektur der Investitionen wird die Mitte-glp-EVP und Unabhängige-Fraktion dem Budget 2025 zustimmen.

Frau Jakob von der FDP.Die Liberalen Murten-Fraktion macht sich als vierfache Grossmutter Sorgen um die Zukunft der Kinder und Enkelkinder. Diese Generation wird die finanziellen Lasten der heutigen Beschlüsse des Generalrats tragen müssen. Es zeigt sich, dass die Unterscheidung zwischen notwendigen und verzichtbaren Ausgaben weiterhin eine Herausforderung bleibt. Frau Jakob erachtet eine Steuererhöhung als kritisch, da bereits vieles dem Verursacherprinzip untergeordnet ist, und ist der Meinung, dass die Gemeinde in Zukunft den Gürtel enger schnallen muss. Alles, was der Generalrat beschliesst, wird letztlich von irgendjemandem bezahlt werden müssen. Im Namen der FDP.Die Liberalen Murten-Fraktion dankt Frau Jakob schliesslich Herrn Gemeinderat Aebersold und Herrn Finanzverwalter Kramer sowie dem Gemeinderat und der gesamten Stadtverwaltung für die Budgetierung und die umfassende Berichterstattung. Die FDP.Die Liberalen Murten-Fraktion unterstützt das Budget 2025 und empfiehlt dem Generalrat, dieses mit den beschlossenen Änderungen zu genehmigen.

Der Vorsitzende wirft die Frage auf, ob die Detailberatung der Erfolgsrechnung gewünscht wird, was verneint wird.

Die SVP und Unabhängige-Fraktion beantragt gemäss Herrn Schick bei der Funktion «0 Allgemeine Verwaltung» folgende zwei budgetierte Pensenerhöhungen zur Ablehnung:

- 0221 Stadtschreiberei (Konto Nr. 0221.30.10.00 Personalaufwand):
Pensenerhöhung von 20 % (CHF 20'000.00)

- 0224 Abteilung Gesellschaft (Konto Nr. 0224.30.10.00 Personalaufwand):
Pensumerhöhung von 20 % (CHF 20'000.00)

Laut Frau Stadtpräsidentin Schlüchter handelt es sich bei der Pensumerhöhung für die Stadtschreiberei um eine befristete Aufstockung des Personaldienstes um 20 % bis Ende 2025. Die Arbeitsbelastung im Personaldienst ist seit Monaten unvermindert hoch. Die Mitarbeitenden leisten zahlreiche Überstunden, um den laufenden Anforderungen gerecht zu werden. Für das Jahr 2025 ist die Digitalisierung der Personaldossiers mithilfe der Geschäftsverwaltungssoftware geplant, um die Arbeitsprozesse zu optimieren. Zudem wird der Personaldienst aktiv in die Überarbeitung des Personalreglements einbezogen. Dabei liegt der Fokus darauf, administrative Abläufe effizient und gleichzeitig transparent zu gestalten. Darüber hinaus steht der Personaldienst vor vielfältigen Herausforderungen, darunter das Management von Absenzen, die Zunahme von schwierigen Personalsituationen sowie eine erhöhte Fluktuation aufgrund zahlreicher Pensionierungen.

Gemäss Herrn Gemeinderat Ith betreut die Abteilung Gesellschaft einen grossen, wenn nicht entscheidenden Teil der Bevölkerung, darunter ältere Personen und Jugendliche. Rund 40 % der Gesamtbevölkerung fallen in den Zuständigkeitsbereich dieser Abteilung. Ihre Aufgaben sind vielfältig und umfassen unter anderem die Kinderbetreuung, die ausserschulische Betreuung, die Jugendarbeit und das Schulsekretariat. Für ältere Einwohnerinnen und Einwohner werden die Aktivitäten im Rahmen von Senior+ angeboten. Zudem sind der Sozialdienst und die Berufsbeistandschaft Teil der Abteilung. Darüber hinaus leistet die Abteilungsleiterin eine wichtige Funktion innerhalb der Geschäftsleitung. Die Erhöhung einer bereits bestehenden Anstellung um 20 % stellt eine pragmatische Lösung dar, um eine bisher nicht vorhandene Stellvertretung zu gewährleisten und gleichzeitig Synergien innerhalb der Abteilung optimal zu nutzen.

In der anschliessenden Abstimmung stimmt der Generalrat grossmehrheitlich der Pensumerhöhung von 20 % bei der Stadtschreiberei gemäss Vorschlag des Gemeinderats zu.

In der weiteren Abstimmung stimmt der Generalrat grossmehrheitlich der Pensumerhöhung von 20 % bei der Abteilung Gesellschaft gemäss Vorschlag des Gemeinderats zu.

Die SVP und Unabhängige-Fraktion beantragt gemäss Herrn Schick bei der Funktion «1 Öffentliche Ordnung + Sicherheit, Verteidigung / 1111 Stadtpolizei» eine Pensenreduktion um 10 % beim Personalaufwand (CHF 10'000.00, Konto Nr. 1111.30.10.00). Die SVP und Unabhängige-Fraktion begrüsst, dass der Personalaufwand der Stadtpolizei im Vergleich zum Budget 2024 um insgesamt

CHF 130'000.00 reduziert wurde, was dem Wegfall einer Vollzeitstelle entspricht. Wie bereits vor einem Jahr ist die SVP und Unabhängige-Fraktion der überzeugten Ansicht, dass die Sicherheit in und um Murten auch mit einer Vollzeitstelle weniger gewährleistet ist und hofft, dass der neue Leiter der Stadtpolizei diese Vollzeitstelle im nächsten Jahr nicht wiederbesetzt. Demzufolge sieht die SVP und Unabhängige-Fraktion die Notwendigkeit auch nicht als gegeben, zusätzliche 10 Stellenprozent im Sekretariat zu besetzen.

Gemäss Frau Stadtpräsidentin Schlüchter ist auf Seite 3 der detaillierten Erfolgsrechnung beim Personalaufwand der Stadtpolizei eine Pensenreduktion von 20 % aufgeführt. Zudem wurde eine bewilligte Stelle für das Jahr 2025 im Budget nicht berücksichtigt, da die Beurteilung durch den neuen Leiter abgewartet werden soll. Bei der Stadtpolizei wurden somit insgesamt 120 Stellenprozent weniger budgetiert. Dies führt unter anderem dazu, dass der Schalter der Stadtpolizei nicht mehr durchgängig besetzt werden kann. Um die Öffnungszeiten des Sekretariats aufrechterhalten zu können, werden die zusätzlichen 10 Stellenprozent im Sekretariat benötigt.

Die Frage des Vorsitzenden, ob der Antrag der SVP und Unabhängige-Fraktion aufrechterhalten bleibt, wird bejaht.

In der anschliessenden Abstimmung stimmt der Generalrat dem Vorschlag des Gemeinderates mit 29 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen zu.

Der Vorsitzende wirft die Frage auf, ob die Detailberatung der Investitionsrechnung gewünscht wird, was verneint wird.

In der abschliessenden Gesamtabstimmung heisst der Generalrat das Budget 2025 mit einem gleichbleibenden Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung von 1.1 Mio. CHF jedoch mit korrigierten Nettoinvestitionen für das Jahr 2025 von total neu CHF 7'431'000.00 mit 37 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen gut.

5. Auflösung Feuerwehrverband Region Murten (FwVRM)

Es besteht kein Bedarf zur Diskussion.

Der Generalrat stimmt der Verbandsauflösung mit Aufhebung der Statuten und der Liquidation der öffentlich-rechtlichen Körperschaft FwVRM gemäss detailliertem genehmigtem Aufhebungsbeschluss der Delegiertenversammlung vom 3. Oktober 2024 einstimmig zu.

6. Informationen des Gemeinderates

6.1 Kultur- und Sporthalle

Herr Gemeinderat Colopi informiert über den aktuellen Stand und das weitere Vorgehen beim Projekt Kultur- und Sporthalle. Das Generalplanerteam und das Projektteam haben intensiv an verschiedenen Varianten und Untervarianten gearbeitet, dabei den Horizont weit geöffnet und umfassende Überlegungen angestellt. Im Ergebnis wurde eine Version mit reduziertem Raumangebot entwickelt, die nun zur Weiterbearbeitung vorgeschlagen wird. Das ursprüngliche Projekt sah wichtige Elemente wie das Bürogeschoss und das Parkhaus vor, auf die in der neuen Variante nun verzichtet wird. Die aktuelle Version der Machbarkeitsstudie stellt einen überarbeiteten Entwurf dar. Eine wesentliche Änderung betrifft die Kulturhalle, die neu ebenerdig angeordnet ist. Diese Neugestaltung vereinfacht und optimiert die Bewirtschaftung des Kultursaals erheblich, da die Zugänge direkter und praktischer gestaltet werden können. Darüber hinaus ergeben sich Vorteile im Bereich des Brandschutzes und der Personenkapazität. Auch die Erschliessung für mobilitätsbeeinträchtigte Personen wird durch die ebenerdige Anordnung erleichtert. Im Inneren des Kultursaals ermöglicht die neue Anordnung eine höhere Raumgestaltung, was den Nutzwert zusätzlich steigert. Gleichzeitig reduziert die ebenerdige Bauweise die bauliche Komplexität im Vergleich zur ursprünglichen Planung. Das äussere Erscheinungsbild soll sich trotz der Änderungen nicht unterscheiden. Das Gebäude wird im näheren Vergleich zur ursprünglichen Machbarkeitsstudie jedoch insgesamt etwas niedriger ausfallen. Durch die Anpassungen wird gegenüber dem ursprünglichen Projekt eine Kostenreduktion von rund 20 Mio. CHF erwartet. Die Sporthalle soll, wie ursprünglich geplant, vollständig unterirdisch bleiben. Eine Anhebung der Sporthalle um ca. 4 Meter, um dem Grundwasserspiegel zu entfliehen, wurde geprüft, da diese Variante etwas kostengünstiger wäre. Aufgrund der damit verbundenen Überbauung der Engematte und des erschwerten Zugangs wurde diese Option jedoch wieder verworfen. Eine Anhebung der Turnhalle würde zudem weitere bauliche Herausforderungen mit sich bringen. Die Schulanlage benötigt zwingend einen direkten Zugang, der bei der gewählten Variante optimal gewährleistet sind. Das Projekt wird nun auf Basis dieser Variante weiterentwickelt und optimiert. Zwischenzeitlich fand auch ein Austausch mit dem Beurteilungsgremium aus der Jury des Auftrags statt. Die äusserst positiven Rückmeldungen werden am 19. Dezember 2024 gemeinsam mit der Begleitgruppe ausgewertet. Dieses durchwegs positive Fazit bestärkt die Projektverantwortlichen und zeigt, dass sich das Vorhaben auf dem richtigen Weg befindet. Die nächsten Schritte sind wie folgt vorgesehen: Am 19. Dezember 2024 und am 11. Februar 2025 wird sich der Lenkungsausschuss mit der Begleitgruppe treffen. Am 11. März 2025 findet eine Informationssitzung für den Generalrat statt. An der Generalrats-sitzung im März 2025 soll gemäss dem neuen, reduzierten Kostenvoranschlag ein neuer Projektierungskredit beantragt werden. Anschliessend sollte es möglich sein, mit dem neuen Vorprojekt weiterzufahren.

Frau Jakob von der FDP. Die Liberalen Murten-Fraktion möchte wissen, ob es Parkplätze geben wird bzw. ob Parkplätze geplant sind.

Gemäss Herrn Gemeinderat Colopi wird die weitere Planung ohne Parkhaus fortgeführt.

Frau Bosch von der FDP. Die Liberalen Murten-Fraktion merkt an, dass in der Begleitgruppe kommuniziert wurde, dass beim ursprünglichen Projekt mindestens 80 Parkplätze erforderlich gewesen wären und die ursprüngliche Planung deshalb um die Option einer zusätzlichen Parkieranlage erweitert worden ist.

Laut Herrn Gemeinderat Colopi wird diese Thematik derzeit bearbeitet und anschliessend in der Begleitgruppe erklärt und erläutert. Danach wird das Ergebnis den Fraktionen vorgestellt.

6.2 Information bezüglich Gemeindeverbände, Gemeindeübereinkünfte und Körperschaften

Frau Stadtpräsidentin Schlüchter erinnert daran, dass der Generalrat an der Generalratssitzung vom 29. Mai 2024 den Wunsch geäussert hat, mehr über wichtige Geschäfte von Gemeindeverbänden, Gemeindeübereinkünften und Körperschaften, bei welchen die Gemeinde Mitglied ist, informiert zu werden. Zudem soll der Gemeinderat in geeigneter Weise eine entsprechende Liste veröffentlichen. In diesem Zusammenhang wurde auf der Website der Gemeinde eine neue Rubrik aufgeschaltet (<https://www.murten-morat.ch/gemeindeverbaende>). Zu jedem Verband bzw. zu jeder Konvention oder Übereinkunft findet sich eine Zusammenfassung des Aufgabengebiets und Angaben zu den Gemeindevertretungen. Der Gemeinderat bemüht sich, in diesen Gremien Einfluss zu nehmen, stellt jedoch jeweils nur ein Vorstandsmitglied und verfügt daher nicht über die Mehrheit der Stimmen. Die Liste bietet einen Überblick darüber, wo die Gemeinde überall vertreten ist. Zusätzlich werden die jeweiligen Statuten oder Übereinkünfte wo möglich digital zur Verfügung gestellt. Für weiterführende Informationen ist jeweils ein Direktlink zum entsprechenden Verband bzw. zur Organisation hinterlegt. Insbesondere im Hinblick auf Rechnungen und Budgets wird darauf hingewiesen, dass jeder Gemeindeverband diese Informationen öffentlich zugänglich machen sollte. Die Umsetzung der vom Generalrat geforderten weitergehenden Berichterstattung zu wichtigen Geschäften soll in einem nächsten Schritt noch vertiefter geklärt werden – insbesondere die folgenden Punkte:

1. Definition wichtiger Geschäfte: Was sind relevante Geschäfte und wie soll darüber informiert werden?

2. Fokussierung auf bestimmte Verbände: Soll der Schwerpunkt auf bestimmte Gemeindeverbände oder Körperschaften gelegt werden?
3. Komplexität und Zeitrahmen der Geschäfte
4. Vermeidung von Bürokratie: Die neue Informations- und Berichterstattungspflicht soll möglichst ohne grossen Verwaltungsaufwand umgesetzt werden.

Diese Punkte müssen noch geklärt werden. Im kommenden Jahr wird der Gemeinderat weiter darüber informieren.

7. Verschiedenes

Herr Tim Camp von der SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion meldet sich zu Wort. Um das volle Potenzial, welche die Bildung bieten kann, ausschöpfen zu können, braucht es Chancengleichheit. Gemäss der TREE-Studie der Universität Bern (TREE = Transitionen von der Erstausbildung ins Erwerbsleben) haben Kinder von Akademikern doppelt so hohe Chancen, einen Universitätsabschluss zu erlangen, als Kinder aus nichtakademischen Familien. Nach eigenen Erfahrungen soll das Bildungsniveau des Elternhauses sowie die sozioökonomische Herkunft einen erheblichen Einfluss auf die Bildungschancen haben. Beispielsweise weisen die verschiedenen Leistungsklassen an der Orientierungsschule Region Murten (OSRM) eine bemerkenswerte Homogenität in Bezug auf diese Aspekte auf. Das ist bedenklich, denn diese Tendenz führt nicht nur zu einer starken sozialen Fragmentierung innerhalb der Gesellschaft, sondern wirkt sich auch negativ auf die Wirtschaft aus. Herr Tim Camp appelliert, die grossen finanziellen Herausforderungen nicht als Totschlagargument gegen Investitionen in die Bildung zu verwenden. Damit wären keine Probleme gelöst, sondern sie würden lediglich in die Zukunft verschoben werden.

Die SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion richtet gemäss Herrn Tim Camp aus den genannten Gründen folgende Fragen an den Gemeinderat, um die Chancengleichheit zu fördern und die Integration von Kindern und Jugendlichen zu verbessern:

1. Welche bestehenden Projekte unterstützt die Gemeinde Murten, um die Chancengleichheit und bessere Eingliederung von Kindern und Jugendlichen zu fördern? Mit welchem Betrag unterstützt die Gemeinde diese Projekte?
2. Wie schätzen der Gemeinderat und die Schulverbände, in welchen die Gemeinde Murten Mitglied ist, das Potenzial von zusätzlichen Projekten ein?
3. Ist beispielsweise ein ähnliches Projekt wie «CouCou» (Primarschule) auf Stufe Orientierungsschule möglich? Wie schätzt der Gemeinderat bzw. der Schulverband den dafür nötigen finanziellen und personellen Aufwand ein?

4. Ist es vorstellbar, den Zivildienst in ein solches Projekt einzubinden?

Im Namen der SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion reicht Frau Gartmann ein Postulat zum Thema vor- und ausserschulische Kinderbetreuung ein. Die Gemeinde Murten zählt bald 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Darunter befinden sich viele Kinder im Vorschulalter oder im schulpflichtigen Alter. Betreuungseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Mittagstische oder Tagesschulen ermöglichen es Eltern, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen, während sie ihre Kinder in einer professionellen und entwicklungsfördernden Umgebung gut aufgehoben wissen. Der SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion ist es ein Anliegen, sich dafür einzusetzen, dass den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Murten ein ausreichendes Betreuungsangebot zur Verfügung steht. Diese Angebote ermöglichen es Eltern in unterschiedlichen Situationen in der Arbeitswelt zu bleiben und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, was schlussendlich die Standortattraktivität fördert und zu einer ausgeglichenen Durchmischung der Altersklassen und lokalen Bevölkerung beiträgt.

In diesem Zusammenhang stellt die SP - GRÜNE / PS - VERT·E·S-Fraktion dem Gemeinderat im Rahmen des Postulats folgende Fragen:

1. Wie viele und welche Arten von Betreuungsangeboten stehen in der Gemeinde Murten für die vor- bzw. ausserschulische Betreuung von Kindern zur Verfügung?
2. Wie sind diese Plätze ausgelastet? Falls es Wartelisten gibt, wie verteilen sich diese auf die diversen Angebote und sind Ausbaumöglichkeiten vorhanden?
3. Sind Angebote in allen Ortsteilen vorhanden oder sind sämtliche Ortsteile an Angebote in naher Umgebung angebunden? Wenn nicht, wieso ist dies nicht der Fall?
4. Bestehen Betreuungsangebote zur Unterstützung von Elternteilen mit unregelmässigen Arbeitszeiten? Wenn ja, welche und wie sind diese ausgelastet?
5. Nach welchem Berechnungssystem beteiligt sich die Gemeinde Murten an den Angebotskosten und ermöglicht diese Unterstützung eine Finanzierung von Angeboten für sämtliche arbeitstätige Eltern?
6. Wie viele der verfügbaren unterschiedlichen Angebotsplätze werden von Eltern mit Wohnsitz ausserhalb der Gemeinde Murten benutzt?

Herr Bula, Präsident der generalrätlichen Finanzkommission (FIKO), verabschiedet anschliessend die beiden langjährigen Generalrätinnen Christine Jakob und Brigitte

Bosch-Steffen, die per Ende 2024 aus dem Generalrat zurücktreten. In einer anerkennenden Rede würdigt er ihr langjähriges Engagement zugunsten der Gemeinde.

In ihrem Jahresrückblick geht Frau Stadtpräsidentin Schlüchter auf einige Ereignisse aus dem Jahr 2024 ein. Murten wurde zum «Schweizer Dorf des Jahres 2024» gekürt, dies obwohl Murten offiziell das Stadtrecht besitzt. Dieser Titel stellt eine Auszeichnung dar, die weit über die Stadtgrenzen hinaus Wirkung zeigt. Es ist beste Werbung für die Gemeinde und das Ergebnis des Engagements von Menschen, die sich für Murten einsetzen. Aber auch das stimmungsvolle Bezirksmusikfest, das im Ortsteil Gempenach durchgeführte Feldschieszen oder das farbenfrohe Zentralfest haben das Jahr 2024 geprägt. Die Veranstaltungen machen Murten zu etwas Besonderem und zeigen, dass die Gemeinde lebendig ist. Ein weiteres bedeutendes Ereignis des Jahres war eine Veränderung in der Verwaltung: Mitte August trat Nadine von Vivis ihr Amt als Stadtschreiberin von Murten an. Mit ihrer positiven Einstellung, ihrem Engagement und ihrer vielfältigen Kompetenz bereichert sie die Stadtverwaltung enorm. Frau Stadtpräsidentin Schlüchter dankt schliesslich bei dieser Gelegenheit allen, die sich in irgendeiner Weise für die Gemeinde Murten eingesetzt haben. Ein besonderer Dank gilt dem Werkhof, der rund um die Uhr für Murten im Einsatz steht – wie zuletzt bei den Schneeräumungen vor rund einem Monat. Schliesslich bedankt sich Frau Stadtpräsidentin Schlüchter auch beim Generalrat für die gute Zusammenarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen. Abschliessend richtet sie ihren Dank an den Gemeinderat und die Geschäftsleitung für die ebenfalls gute Zusammenarbeit und die geleistete Arbeit.

Schluss der Sitzung, 22.20 Uhr

Murten, 11. Dezember 2024

Namens des Generalrats Murten

Simon Pfister
Präsident

Sandra Frigo
Sekretärin